

Das alte Amt Schildesche

Die erste Stufe zur kommunalen Gebietsreform von 1930

VON THOMAS GÜNTTER

■ **Schildesche.** Der Chronist schrieb ein wenig schwülstig im Stil der Zeit: „Als in der vergangenen Nacht die Turmuhren die Geisterstunde ins Land riefen, vollzog sich die Wandlung von 90.000 Bielefeldern und rund 30.000 Landbewohnern zu Großstädtern. Rom ist nicht an einem Tag erbaut worden. Und der Weg Bielefelds von der Mittelstadt zur Großstadt hat eine Zeitspanne von nicht weniger als 22 Jahren in Anspruch genommen.“ Ab 1. Oktober 1930 gehört die Gemeinde Schildesche zur Großstadt Bielefeld. Und das Außergewöhnliche daran: Viele Schildescher haben das selbst gewollt.

Bielefelds Aufstieg zur Industrie- und Großstadt hatte mit der Köln-Mindener-Eisenbahnlinie und der Ravensberger Spinnerei Mitte des 19. Jahrhunderts begonnen. Die Stadt dehnte sich weiter in die Feldmark, die sie umgab, aus. Eines der Hauptpro-



Joachim Wibbing: Historiker und Archivar. FOTO: ANDREAS FRÜCHT

bleme, so der Bielefelder Historiker und Archivar Joachim Wibbing, wurde im Jahr 1921 von

dem Sozialdemokraten und Schildescher Amtmann Konrad Rappold so skizziert: Früher hatten die Spinner und Weber ihre Beschäftigung in der Heimindustrie und damit zu Hause, nun aber arbeiteten sie in den Industriebetrieben der Stadt, ohne ihren Wohnort zu wechseln.

Das alte Amt Schildesche war in der Marswidsstraße 3. Nachdem es eine Zeitlang die Schildescher Bücherei beherbergte, wird das Gebäude aus dem Ende des 19. Jahrhunderts heute als Wohnhaus genutzt.

Die Arbeiter aus den Vororten, so Wibbing, erhöhten den Wohlstand der Stadt. Ende der 20er-Jahre zum Beispiel arbeiteten von 8.500 registrierten Beschäftigten aus Schildesche 7.000 in Bielefeld.

Dies bot für den Magistrat die Möglichkeit, den Gewerbesteuersatz bei 195 Prozent zu halten, während er in den Vorortgemeinden exorbitanten bei 400 Prozent lag. Nur so waren sie in der Lage ihre Haushalte auszugleichen. Allerdings schreckte der hohe Steuersatz neue Betriebe ab, die sich in der Stadt ansiedelten.

Besonders neue Schulen für die vielen Arbeiterkinder führten, so Wibbing, zu erheblichen Lasten. Der Bau der Sudbrackschule (1914 bis 1918) wurde vom Amtmann Rappold als besonders schlechtes Beispiel gebrandmarkt.

Die Baufirma Klarhorst hatte im Sudbrackgebiet Wohnungen für Auswärtige, vornehmlich für Bielefelder, gebaut. Die Stadt drängte deshalb auf den Bau einer Schule. Allerdings beteiligte sie sich nicht an deren Kosten. Die erforderlichen 155.000 Reichsmark musste das Amt Schildesche allein tragen. Dies sei zumindest moralisch verwerflich, schäumte der Amtmann.

Weitere erhebliche finanzielle

Belastungen ergaben sich im Falle der Erwerbslosigkeit von Beschäftigten, denn etwaige Unterstützungszahlungen hingen vom Wohnort ab. Außerdem litten die Vororte daran, dass sie weder an die Kanalisation, noch die Wasser- und Gasversorgung angeschlossen waren. Nur mit dem Ausbau des Stromnetzes hatten die Stadtwerke bereits 1913 begonnen.

Der erste Vorstoß in Richtung Neuordnung kam im November 1908 aus dem Bereich Herforder Straße. 168 Einwohner verfassten eine Petition an den Magistrat, um von der Ge-

meinde Schildesche nach Bielefeld umgemeindet zu werden. Sie erhofften sich bessere Schulverhältnisse und den Anschluss an die städtische Wasserversorgung.

1922 wandten sich namhafte Industrielle aus dem Bereich Schildesche an die Stadt und erklärten kategorisch, sie seien erst dann wieder bereit finanzielle Mittel für die Behebung der Wohnungsnot zur Verfügung zu stellen, wenn dies auch die Bielefelder Firmen täten. Neun Zehntel der Beschäftigten aus den Vororten wurden in Bielefeld arbeiten und dort den Wohlstand erwirt-

schaften, aber die dortigen Industriellen taten nichts für die Abhilfe der Notlage.

Die Sozialdemokraten standen der Eingemeindung positiv gegenüber. Die bürgerlichen Parteien sahen es eher distanziert. Erstens befürchteten sie erhebliche Kosten durch den Bau der Versorgungsleitungen und zweitens befürchtete man eine Verschiebung der Mehrheiten bei Wahlen.

Die neu hinzukommenden Wählerstimmen wurden auf rund 10.000 geschätzt. Die meisten waren Arbeiter. Und die wählten zum Großteil SPD.



Amt Schildesche: Bis 1930 war in dem Gebäude Marswidsstraße 3 die Verwaltung der Schildescher Gemeinde untergebracht. Ab Oktober des Jahres gehörte die Gemeinde zu Bielefeld. In der Folgezeit war unter anderem die Schildescher Filiale der Stadtbibliothek untergebracht. Heute ist das denkmalgeschützte Gebäude aus dem späten 19. Jahrhundert ein Wohnhaus.

FOTO: ANDREAS ZOBE